

Küsnacht Stellungnahme der Schulpflege zur Abstimmung am 17. Mai über die Einheitsgemeinde

Schule als Spielball der Politik

Die Schulpflege stellt sich hinter Schulleiter Balths Häusermann und Sekundarlehrer Thomas Roos. Sie lehnen die Einheitsgemeinde ab.

Schulpflege Küsnacht

Küsnachter Lehrpersonen, die sich am 6. April an der Podiumsdiskussion über die Initiative zur Bildung einer Einheitsgemeinde ein Bild darüber machen wollten, was sich an der Schule mit einem Ja zur Initiative verbessern würde, sahen sich enttäuscht.

Weder der Initiant, Werner Furrer, noch der Gemeindepräsident, Max Baumgartner, konnten verständlich oder überzeugend darlegen, von welchen konkreten Verbesserungen die Küsnachter Schule und mit ihr die Kinder und Jugendlichen unserer Gemeinde profitieren könnten, falls Schulgemeinde und Politische Gemeinde «fusionieren» würden.

«Nützts nüüt, so schads nüüt»? Schlechter werde die Schule nach der allfälligen Einführung der Einheitsgemeinde wohl nicht, meinten die Befürworter der Initiative auf dem Podium. Und bald einmal wurde auch in den Voten und Fragen aus dem Publikum deutlich: Hier handelt es sich um eine politische, nicht um eine pädagogische Frage. Was verbessert sich unter dieser Voraussetzung dann aber in einer Einheitsge-

meinde für die Lernenden und die Eltern der Schulkinder?

Vorgeschmack auf Wahlkampf

Versprochen werden der Schule vom Präsidenten der Küsnachter SVP im Argumentarium zu seiner Initiative unter anderem Konzentration aufs Kerngeschäft, grössere Effizienz, mehr Transparenz und geringere Kosten. Die Worte liest man wohl, allein es fehlt der Glaube, denn wie diese Versprechen umgesetzt werden sollen, bleibt offen. Und es beschleicht einen das Gefühl, dass hier ein Jahr vor den Gemeindewahlen bereits Wahlkampf gemacht wird; ein Verdacht, den Werner Furrer selbst dann nicht zu entkräften mochte, als er vom Podiumsleiter Christian Dietz-Saluz direkt darauf angesprochen wurde. Verstärkt wurde das unguete Gefühl, dass mit dem trendigen Schlagwort «Schulqualität» und letztlich mit der Schule selbst nun auch auf kommunaler Ebene ein politisches Spiel gespielt wird.

Will man weismachen, dass mit einer Strukturänderung auch die Qualität der Schule besser wird, oder scheut man sich, inhaltliche Verbesserungen, die dank der Initiative allen Beteiligten der Schule zugute kämen, konkret zu benennen, weil man sich letztlich nicht einig oder im Klaren ist, was eine «gute Schule» ausmacht? Die Fragen des Diskussionsleiters und jene aus dem Publikum hätten wohl Gelegenheit geboten, «die Kinder beim Namen zu nennen» und konkrete Beispiele aufzuführen. Doch diese Chance wurde auf dem Po-

dium nicht wahrgenommen. Wenn es denn einmal «handfest» wurde, übten sich die Vertreter von Politik und Schule eher retrospektiv in einem Wortgefecht um verpasste Synergien und Chancen bei der Planung von Fussgängerstreifen und von Bewachungsaufträgen für öffentliche Areale, statt aufzuzeigen, welche Möglichkeiten eine Einheitsgemeinde mit sich bringen würde. Und ab und an musste man der vorwurfsvollen Tonalität der Befürworter der Initiative entnehmen, dass es in der Vergangenheit zu Animositäten in der Zusammenarbeit mit der Schulpflege gekommen sein könnte, für welche die Schulbehörde nun mit der Einführung der Einheitsgemeinde abgestraft werden soll.

Damit sich die Küsnachter Lehrpersonen überzeugen liessen, dass von der Einführung der Einheitsgemeinde in der Tat die Schule in unserem Dorf einen Mehrwert erfährt, müsste mehr «Fleisch am Knochen» sein. Es müssten konkrete Verbesserungen «auf den Tisch gelegt» werden. Wenn in einer Schule nach Einführung der Einheitsgemeinde als positive Entwicklung festgestellt wird, dass die Schulpflegerinnen und Schulpfleger weniger oft in den Schulhäusern anzutreffen seien, wie dies Gemeinderat Bernhard Bühler aus seinem Erfahrungshintergrund aus Männedorf zu berichten wusste, oder wenn in einer Einheitsgemeinde alle wichtigen Geschäfte des Gemeinderates den Präsidenten der Ortsparteien zur Konsultation vorgelegt werden, wie dies Max Baumgartner aus

der Arbeit der Politischen Gemeinde erklärte, dann muss man eigentlich die Initiative deutlich ablehnen.

Sachbezogen und transparent

Es kann nicht im Interesse von Küsnachter Kindern, Eltern und Lehrpersonen liegen, wenn die Schule «verpolitisiert» und dem Einfluss der vom Volk gewählten Schulpflegemitglieder entzogen wird. In der heute autonomen Schulgemeinde werden Probleme und Fragen der Küsnachter Schule sachbezogen und zielgerichtet diskutiert, und es werden Lösungen angestrebt, die nicht auf dem Hintergrund von parteipolitischen Interessen und Gegensätzen konsensfähig sein müssen. Eltern und Lehrpersonen haben einen unmittelbaren Zugang zu entscheidungskompetenten Behördenvertretern. Und für die Küsnachter Stimmberechtigten herrscht mit der autonomen Budgetplanung und Rechnungsvorlage Transparenz.

Falls Aufgaben anstehen, die zwischen Politischer Gemeinde und Schulgemeinde besser abgesprochen werden müssen, und falls «Synergien» zwischen diesen beiden Systemen heute nicht genutzt werden, dann wären die Verantwortlichen gefordert, diese Zusammenarbeit im Gespräch zu verbessern. Die notwendige Dialogfähigkeit wird jedoch nicht durch eine Strukturveränderung und die Einführung einer Einheitsgemeinde geschaffen, sondern muss letztlich von den Menschen entwickelt werden, welche diese Gespräche führen.